

Parteilpolitisch gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SP : darum muss die SP in den nächsten vier Jahren stärker werden

Autor(en): **Bodenmann, Peter / Daguet, André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **84 (2006)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341998>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Parteilpolitisch gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SP

Darum muss die SP in den nächsten vier Jahren stärker werden

[...] Wir möchten mit diesem Text, dessen Zusparungen und Verkürzungen uns bewusst sind, die Debatte um die Zukunft

**Peter Bodenmann
und André Daguet**

der politischen Linken in der Schweiz beleben.

Statt Grundwertediskussion politische Konzepte umsetzen

Links geht auch im Rahmen von Theorieheften allzuleicht vergessen: Politik ist vorab die Austragung unterschiedlicher Interessen.

Unabhängig, wo wer auf der Linken mit welcher Motivation politisiert oder sich gerade etwas ausruht, stehen der politischen Linken schwierige Aufgaben ins Haus:

- Die Schweiz muss wieder sozialer werden. Die realen Löhne müssen wieder steigen. Ein hoher Sockel von Erwerbsarbeitlosen muss verhindert und die qualifizierte Aus- und Weiterbildung massiv verbessert werden. Die vorhandene Arbeit – die bezahlte wie die unbezahlte – muss auf beide Geschlechter gleichmässig verteilt werden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik.
- Der noch nicht erfolgte Einstieg in den ökologischen Umbau der Wirt-

schaft muss weniger mit Geboten und Verboten denn mit Umweltabgaben gelingen, die marktförmig ausgestaltet nichts anderes sind als notwendige staatliche Eingriffe.

- Die Rechte der Frauen müssen nicht nur eingefordert, sondern die realen Unterschiede zwischen den Geschlechtern müssen endlich vorab auch für die Frauen mit kleinen oder kleinen Einkommen durchgesetzt werden.
- Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr direkte Demokratie, unter anderem mit dem konstruktiven Referendum. Der Schnüffelstaat muss bekämpft, die Freigabe weicher und die kontrollierte Abgabe harter Drogen rasch realisiert werden.
- Weil viele Probleme national nicht mehr sinnvoll zu lösen sind, müssen wir den Beitritt in die EU voranbringen – allenfalls schrittweise. Der von der nationalen Rechten geschürte Hass auf Ausländerinnen und Ausländer muss bekämpft und statt dessen die politischen Rechte der Ausländerinnen und Ausländer gestärkt werden.
- Wir treten ein für die Halbierung der direkten und indirekten Kosten des EMD. Statt dessen fordern wir vermehrte internationale Solidarität, den Abbau der wachsenden Kluft zwischen Nord und Süd und eine Politik der weltweiten Abrüstung.

Wer sich links definiert, ist heute in aller Regel mit der hier stichwortartig skizzierten Politik einverstanden. Dies gilt für die politisch Aktiven genauso wie für die mit uns sympathisierenden Wählenden und Nichtwählenden.

Wir halten es deshalb für relativ wenig sinnvoll, lange über Grundwerte und Programme zu diskutieren. Denn man und frau können glücklicherweise aufgrund idealistischer und materialistischer Weltbilder zu den gleichen fortschrittlichen politischen Überzeugungen kommen.

[...]

Wer die vorhandenen konkreten Bausteine linker SP-Politik durchgeht, wird feststellen, dass es konzeptionell in Europa keine relevante Massenpartei gibt, die heute linker, ökologischer und feministischer daherkommt als die SP Schweiz. Und dies schadet uns offenbar nicht einmal elektoral. Im Gegenteil: Die linken Positionen und die offensive Auseinandersetzung mit der politischen Rechten waren einer der Hauptgründe für den Wahlerfolg der SP.

[...]

Bestes linkes Resultat

Bei den Wahlen 1995 erzielte die Linke in der Schweiz – entgegen fast allen Erwartungen – ihr bestes Resultat in der Geschichte dieses Jahrhunderts. Über 30 Prozent der Menschen stimmten rotgrün. Erstmals verfügt die Linke im Nationalrat über 63 Mandate. Und dies, obwohl uns Übervorsichtige realutopisch in Buchform geraten hatten, sicherheitshalber von Blocher zu lernen.

Im Rahmen der Linken setzte sich die SP klarer als erwartet durch. Die Integration der Alliance de Gauche in die SP Fraktion macht zudem tiefgreifende Veränderungen sichtbar:

- Es gibt links der SP kein nationales Projekt mehr. Nichts macht dies deutlicher

als die politische Positionierung von PdA-Nationalrat Zysiadis im Hebdo vom 14.12.95: «Mais remarquez que la séparation n'est plus entre réformisme et révolution. Sur certains aspects, notre programme est un programme social démocrate... Il nous faut un réformisme fort...»

- Die Grünen sind selbst in ihrem Kernthema – der Ökologie – zuwenig bewegend und beweglich, um ein ernsthaftes Gegengewicht innerhalb der Linken zu bilden. Sie bieten sich statt dessen als Partei der Mitte an, um regierungsfähig zu werden.
- Die Frauenparteien sind ebenfalls ausserstande, ein eigenständiges nationales Projekt zu entwickeln. Das Schwergewicht der Arbeit der kleiner werdenden Zahl von Aktivistinnen wird durch die Institutionalisierung der Frauenpolitik nicht unbedingt erleichtert.

Geradezu rührend forderte die freisinnige NZZ – im Kommentar zur Aufnahme der drei Mitglieder von PdA und Alliance de Gauche in die SP Fraktion – die ehemalige extreme Linke und die Grünen auf, doch endlich ein nationales Projekt an die Hand zu nehmen. Mit Sicherheit ohne Erfolg.

Der Grund für diese Sorge: Die politische Rechte in der Schweiz fürchtet sich vor einer machtbewussteren und linkeren SP, die bei den nächsten Wahlen ihren Stimmenanteil ohne weiteres auf über 25 Prozent steigern könnte.

Links der SP ist kein offenes Feld auszumachen

Die Schweiz kennt eine Allparteienregierung aller relevanten Kräfte. Die SP war in der Nachkriegszeit vorab Juniorpartner einer relativ geschlossenen bürgerlichen Rechten. Spätestens seit den Bundesratswahlen 1993 ist die SP aus dieser Rolle herausgewachsen. Umgekehrt driftet die

Die linken Positionen und die offensive Auseinandersetzung mit der politischen Rechten waren einer der Hauptgründe für den Wahlerfolg der SP.

bürgerliche Rechte – vorab seit der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 wirtschafts- und gesellschaftspolitisch je länger je mehr auseinander.

Falls die bürgerlichen Parteien nicht gemeinsam den Alleingang in Europa wählen, zeichnet sich ein tripolares politisches System ab:

- Die nationale und rechtspopulistische Rechte wird – vorab im Rahmen der direkten Demokratie – versuchen, einerseits den Weg nach Europa politisch zu verhauen und andererseits mit immer neuen Initiativen den Hass auf alles Fremde zu schüren. Die nationalistische Rechte braucht Führerfiguren. Dennoch wird Blocher in diesem Prozess absehbar kein Haider, weil er das Risiko der Ausgrenzung aus eigenen ökonomischen Interessen nicht eingehen will.
- Die CVP und FDP – so zerrissen sie intern auch sein mögen – bilden die rechte Mitte des sich entwickelnden Parteiensystems. Sie stehen intern vor schwer bestehbaren Zerreißproben.
- Links muss es das Ziel einer stärker werdenden SP sein, einerseits parlamentarisch Mehrheiten je getrennt mit der CVP oder der FDP herzustellen und andererseits mit befreundeten Organisationen und Bewegungen im Rahmen der direkten Demokratie Abstimmungen zu gewinnen, um den gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben.

In dieser Optik – und angesichts des Fehlens eigenständiger linker Projekte ausserhalb der SP – macht es keinen Sinn, im linken Spektrum verschiedene Parteien für eine inhaltlich weitgehend gleiche Politik zu haben. Statt dessen drängt sich eine Konzentration der bescheidenen Kräfte auf jene Partei auf, die konzeptionelle Arbeit, Machtbewusstsein und die Kraft zu realen Veränderungen verbindet.

Die Mauer ist weg

[...]

Der Fall der Mauer hat politisch eine neue Ausgangslage geschaffen:

- Diese undemokratischen und bürokratischen Gesellschaften nachholender fordristischer Entwicklung jagten dem Kapital und seinen politischen Vertretern während Jahrzehnten sozial und technologisch Schrecken ein. Denken wir nur an den Sputnik-Schock. Dieses Gegengewicht, das etwa keynesianischer Wirtschaftspolitik zum Durchbruch verhalf, fehlt heute. Das heisst: Die Linke muss in den Ländern des nun fast weltweit sicher installierten Kapitalismus politisch jenes Gewicht wiedergewinnen, das nur schon demokratische, soziale und ökologische Reformen möglich macht.
- Der Wegfall der Sowjetunion bedeutet aber auch das Ende einer doppelten Belastung. Die Spaltung der Linken verliert dramatisch an Bedeutung. Die meisten Kommunisten sind heute brav sozialdemokratisch. Die implodierten Gesellschaften sind für niemand mehr ein Modell. Früher oder später muss eine wiedererstarkende Linke national wie international die Debatte um die postkapitalistische Gesellschaft aufnehmen.

[...]

Im Kerngeschäft schwach I (Gewerkschaften)

Die Arbeiterbewegung hatte in ihrer Geschichte mit gutem Grund mehrere Beine: Partei, Gewerkschaft, Genossenschaften, Vorfeldbewegungen. Das Kerngeschäft der Gewerkschaften war und blieb die Arbeitsbedingungen und vorab die gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen in der Ge-

sellschaft. Eine kritische Bilanz drängt sich auf:

- Die Gewerkschaften haben es bisher nicht verstanden, den tertiären Sektor zu organisieren.
- Das Kapital diktiert heute selbst in einst gewerkschaftlich gut organisierten Sektoren den realen Lohnabbau.
- Über tausend vollamtlich tätige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verwalten notgedrungen den Sozialabbau, anstatt den Widerstand massenwirksam organisieren zu können.

Die Gewerkschaften müssen, wie die Partei gründlich über die Bücher und einiges dazulernen:

- Die Gewerkschaften müssen wieder verständlich kommunizieren. Dazu braucht es eigene und attraktive Massenmedien und JournalistInnen, die das Metier beherrschen.
- Die Gewerkschaften können nicht Ersatzpartei spielen. Sie kommen nicht umhin, aktiv, in und mit der breit gefächerten Sozialdemokratie zu politisieren.
- Im Rahmen der notwendigen Repolitisierung der Gewerkschaften muss die Bewegung der Arbeitenden lernen, in Zusammenarbeit mit der Partei erfolgreich die Instrumente der direkten Demokratie zu benutzen.
- Gewerkschaften unterschiedlicher Herkunft und Angestelltenvereinigungen müssen sich organisatorisch neu finden und formieren.

Niemand hat ein grösseres Interesse an starken Gewerkschaften als die SP. Niemand müsste ein grösseres Interesse an einer starken SP haben als die Gewerkschaften. 1995 nahm die Gewerkschaftspresse vom Wahlkampf kaum Notiz. Es fand keine Verknüpfung zwischen dem Wahlresultat und den laufenden Lohnverhandlungen statt. Wer freiwillig auf Beine verzichtet, wird leichter umgesagt. Und dies gilt umgekehrt auch für die SP,

die in vielen Kantonen bei der Formulierung der konkreten Politik vor Ort die Mitarbeit der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht suchte.

Im Kerngeschäft schwach II (Umweltverbände)

Die Umweltfrage geriet politisch etwas in Vergessenheit. Und dies, obwohl die Umweltorganisationen in der Schweiz über 400000 Mitglieder und Budgets von 50 Millionen Franken verfügen.

Die Bürokratisierung und die zunehmende politische Ineffizienz dieser einstmals beweglichen Organisationen erfolgte innerhalb von nur zehn Jahren:

- Der Grossteil der Budgets wird von den Löhnen beansprucht.
- Gemeinsame öffentlichkeitswirksame Konzepte und Themenschwerpunkte sind kaum mehr auszumachen.
- Erfolge – wie die Alpen-Initiative – werden von Bewegungen ausserhalb der traditionellen grünen Organisationen erzielt.

Gerade weil die linke die tragende Kraft des ökologischen Umbaus ist, muss sie sich für eine notwendige Effizienzsteigerung der Umweltorganisationen einsetzen.

Kritik und Selbstkritik

Dieser Text teilt links und rechts Zensuren aus. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Angesichts der national wie international dramatischen Veränderungen, bringt es nichts, im Glashaus zu sitzen. Wir müssen vielmehr die SP selber beschleunigt umbauen:

- Die SP muss mit allen jenen Kräften, die an einer linken Politik in der Schweiz interessiert sind, den intensiveren Dialog suchen. Dies mit dem ernsthaften Angebot der Integration

Die SP muss auf vielen Gebieten konzeptionell noch einmal massiv zulegen. Sie muss die Kraft und der Motor des sozialen und ökologischen Fortschritts werden.

in eine Partei, die schon heute real die Vielfalt der Linken spiegelt.

- Die SP muss auf vielen Gebieten konzeptionell noch einmal massiv zulegen. Dies geschieht am besten im Rahmen von durch Arbeitsgruppen und ExpertInnen begleiteten Studien, die eine innovative Debatte in – und ausserhalb der Partei erst möglich machen.
- Wir müssen an den Problemen künftiger Generationen ansetzen and vermehrt in die politische Bildung des künftigen Kaders der Partei investieren.
- Die SP darf nicht nur die Partei des notwendigen Strukturwandels und der Öffnung der Schweiz sein, sondern sie muss die Kraft und der Motor des sozialen und ökologischen Fortschritts werden.

- Der vermehrte aktive Einbezug möglichst vieler Mitglieder muss auf allen Ebenen vorangetrieben werden. Die Partei hat deshalb – selbst von der linken Öffentlichkeit weitgehend unbenutzt – ihre Strukturen statutenmässig demokratisiert.
- Wir müssen unsere Fähigkeit, auf den verschiedenen Ebenen der Politik zu intervenieren – von der Demo über die Volksrechte bis ins Parlament, – verbessern.

Wir können es uns schlicht und einfach nicht leisten, einen grossen Teil der Kraft zu verlieren, weil wir es nicht verstehen, gemeinsam die fortschrittlichen Kräfte in diesem Land richtig zu organisieren.

Jg. 74 (1996), Nr. 1, S. 2–9